

Hans-Joachim Föllner

Medienpolitik in der DDR

*Jochen Staadt, Tobias Voigt, Stefan Wolle:
Operation Fernsehen –
Die Stasi und die Medien
in Ost und West,
Vandenhoeck & Ruprecht
Verlag, Göttingen 2008,
447 Seiten, 29,90 Euro.*

*Christian Chmel: Die
DDR-Berichterstattung
bundesdeutscher
Massenmedien und die
Reaktionen der SED
(1972–1989), Metropol
Verlag, Berlin 2009,
460 Seiten, 24,00 Euro.*

Die selbstständige Meinungsbildung galt der SED-Herrschaft als gefährlicher Gegner, die Medien als „scharfe Waffe“. Zwei bemerkenswerte Bücher beschäftigen sich mit dem Kampf um das freie Wort in Zeiten des Realsozialismus. Wie groß war der Einfluss, den die Stasi auf den Rundfunk in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland hatte? Diese Frage untersuchten Wissenschaftler des Forschungsverbundes SED-Staat der

Freien Universität Berlin im Auftrag der ARD. Die Ergebnisse liegen nun als Buch vor.

Zwar hatte die SED in der DDR die Zügel der Informationspolitik fest in der Hand. Doch ein wirkliches Informationsmonopol ergab sich daraus nicht. Denn in fast alle Bezirke funkte der westdeutsche Klassenfeind: mit paralyisierender Wirkung für den SED-Staat. Die Realsozialisten setzten deshalb alles daran, diese Quelle der Destabilisierung unter ihre Kontrolle zu bekommen. Zu diesem Zweck sammelte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) mithilfe von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) Informationen in westdeutschen Sendern. Trotz dieser Bemühungen – und das ist eines der wichtigsten Ergebnisse der Studie – ist es dem MfS nicht gelungen, Entscheidungen auf der ARD-Leitungsebene oder in einem der dazugehörigen Sender zu manipulieren. Zudem war der Einsatz inoffizieller Mitarbeiter geringer als

zunächst vermutet. Einfluss übten die Parteigänger der SED gleichwohl aus, insbesondere in den realsozialistische Zustände oft verharmlosenden Zeiten der Entspannungspolitik. So schilderte die ehemalige Chefredakteurin des Hessischen Rundfunks und heutige Bundestagsabgeordnete der Partei „Die Linke“, Luc Jochimsen, die DDR in einem Film als wahres Frauenparadies. Die Interviewpartner waren – ohne Wissen der Journalistin – von SED und Stasi hinsichtlich ihrer ideologischen Zuverlässigkeit ausgesucht.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Untersuchung der Überwachung der elektronischen Medien in der DDR, die offenkundig besonders eng gestrickt war. Danach hat es sowohl durch das Leitungspersonal als auch in den Redaktionen selbst eine offizielle als auch inoffizielle Zusammenarbeit mit der zuständigen Abteilung des MfS gegeben. Nach Einschätzung der

Autoren wirkt dieses Erbe fort. Die Lösung aus jahrzehntelanger MfS-Verstrickung und Parteizugehörigkeit habe sich für die Sendeanstalten der neuen Bundesländer als „ein schwieriger, langwieriger und oft schmerzhafter Prozess“ erwiesen. Abgeschlossen ist er nicht. Eine wichtige Diskussionsgrundlage bildet diese Studie, mit der die Verfasser einen sehr verdienstvollen Beitrag zur Erhellung der SED-Medienpolitik im Rundfunk geliefert haben.

Unter staatlicher Kontrolle

Ein anderes geschichtliches Kapitel eröffnete der Grundlagenvertrag von 1972. Er erlaubte die ständige Niederlassung westdeutscher Journalisten in der DDR und unterminierte die SED-Herrschaft. Genauer: Er versetzte dem Informationsmonopol der Einheitspartei einen empfindlichen Schlag. In einer verdienstvollen politikwissenschaftlichen Dissertation untersucht Christian Chmel das bislang vernachlässigte Thema der DDR-Berichterstattung bundesdeutscher Massenmedien sowie der

Rolle von in Ost-Berlin akkreditierten Westjournalisten. Die sahen sich in der DDR einem ungewohnt restriktiven Umfeld ausgesetzt. Denn ihre Berichterstattung unterlag sogenannten Durchführungsbestimmungen, kontrolliert von SED und MfS. Chmel rekonstruiert erstmals die Reaktionsmuster von DDR-Partei- und Staatsfunktionären und wertet zu diesem Zweck weitgehend unveröffentlichte Quellen aus. Veröffentlichungen über Systemmängel und Menschenrechtsverletzungen waren den Korrespondenten untersagt. Bei Verstößen drohte in der Endkonsequenz die Ausweisung, die auch praktiziert wurde. In Zeiten der Entspannung wurde die freie Berichterstattung zudem auch von manchem bundesdeutschen Politiker misstrauisch beäugt. Störungen der Dialogpolitik waren unerwünscht. Die Journalisten bewegten sich gleichsam auf vermintem Gelände.

Die unvorsichtige Preisgabe von Ausreiseantragstellern oder weniger bekannter Regimekritiker konnte für DDR-Bürger harte strafrechtliche Konsequenzen

haben. Hier galt es, mögliche negative Auswirkungen zu berücksichtigen und von Fall zu Fall abzuwägen. Ergänzt wird Chmels Untersuchung durch eine Inhaltsanalyse der wichtigsten bundesdeutschen Tages- und Wochenzeitungen. Der Politikwissenschaftler diagnostiziert hier einen Kampf um die Deutungshoheit in der Beurteilung der DDR, insbesondere der Entspannungspolitik vor dem Hintergrund der „deutschen Frage“.

Insgesamt hatte die Wahrnehmung der in die DDR hineinwirkenden Westmedien durchaus positive Wirkungen: In den Augen eines des Agitationsjournalismus müden Publikums förderte dies deren Glaubwürdigkeit. Nach Ansicht von Chmel dürften die Westmedien die Meinungsbildung des ostdeutschen Publikums über den tatsächlichen Zustand in ihrem Staat beeinflusst und zugleich einen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Zusammengehörigkeitsgefühls im geteilten Deutschland geleistet haben – mit den bekannten Folgen.